B67-7998

Die Korruption in GHG.

Herausgegeben vom „Kärntner Heimatdienst“.

„Naš glas", Nr. 14, Jahrgang 1920:

„Wir sind der Ansicht, daß so mancher serbische Minister zunächst noch ein paar Jahre nach Slowenien praktizieren kommen müßte, damit er wenigstens einen kleinen Begriff bekäme, wie der Beamte seine Pflichten zu erfüllen hat, und dann wird er auch sehen, was für ein Abgrund die europäische Staatsverwaltung von jener des Balkans trennt."

*

„Slovenski narod" vom 11. April 1920, Nummer 92:

„Streiflichter aus Südslawien. Bei der Besetzung von Verwaltungsstellen geht man von parteilichen Rücksichten aus. Es wird dafür gesorgt, daß die Parteianhänger am Staatstrog Platz bekommen, die alten Krippenfresser werden weggejagt und mit neuen, nach echter Balkanart ersetzt; dies alles kann den Staat geradezu untergraben. Auch der Vorgang bei der Verzollung von den aus dem Auslande bezogenen Waren ist alles eher als modern und dürfte am besten und richtigsten mit dem Worte „Asiatentum" gekennzeichnet werden.

Für die Vorrückung der Beamten sind nicht etwa die Dienstjahre maßgebend, noch Fähigkeit, Verläßlichkeit, Ortskenntnis oder Prüfungen, sondern nur immer Rasse und Parteizugehörigkeit. Den älteren und weit mehr befähigten slowenischen und kroatischen Zollbeamten werden systematisch zu Vorstehern blutjunge serbische Radikale aufgedrängt und im ganzen Königreiche haben die leitenden Stellen durchwegs

nur Serben inne. Sogar in Krain müssen die einheimischen Beamten, welche vielfach eine größere Anzahl von schulpflichtigen Kindern haben, den Serben weichen und in die benachbarten Länder auswandern, wo sie weder Wohnung, noch Verpflegung bekommen. An ihrer Stelle sitzen in Krain serbische Junggesellen. Die slowenischen Beamten haben darunter schwer zu leiden, da sie einen doppelten Haushalt führen müssen. Bisher waren alle Bitten und Proteste gegen diese rücksichtslosen Versetzungen von slowenischen und kroatischen Beamten vergebens. Es half auch nichts, daß in den Eingaben ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß nicht nur die slowenischen und kroatischen Beamten wirtschaftlich zugrunde gehen werden, sondern auch die Staatskassen einen großen Ausfall aufweisen werden, da die serbischen Beamten für eine moderne Verwaltung gar nicht taugen, denn schon ihr Zollverfahren ist geradezu eine Karrikatur einer modernen Amtsführung. Besonders klassisch beleuchtet den Belgrader Absolutismus die Tatsache, daß für Laibach erst jüngst ein serbischer Zollverwalter ernannt worden ist, welcher, obwohl noch ganz jung und ohne besondere Qualifikation, alle slowenischen und kroatischen Vormänner überging. Auch zum Revisor wurde ein Serbe ernannt, trotz des Protestes aller slowenischen Vormänner. Bis heute ist von den slowenischen und kroatischen Zollbeamten in Laibach nicht ein einziger noch vorgerückt und es steht in unserer slowenischen Heimat an den leitenden Stellen heute nicht ein einziger Landsmann! Das spricht wohl Bände. Die Slowenen sind auch sonst gegen die serbischen Willkürakte ganz machtlos. Beamte werden über Nacht grundlos pensioniert, wie dies jüngst mit drei slowenischen Revisoren geschehen ist, welche Weib und Kind hatten und schon über zehn Jahre dem Staate treue Dienste machten. Sind

das noch Kulturverhältnisse? Unter Brüdern sollte es keine Hinterhältigkeit, keine korrupte Protektion und keinen Terror geben. Die Schwüle, die solche Verhältnisse gebären müssen, ballt sich zu einer gefährlichen Gewitterwolke zusammen.

Unsere reaktionäre Regierung ist ein Weltunikum. Unsere Minister beschimpfen der Reihe nach ihre Amtsvorgänger mit den gemeinsten Ausdrücken und werfen mit dem Kot herum, als ob sie als Knechte verdungen wären und nicht als Staatsmänner berufen worden wären. Von den Ministerbänken regnet es gar Ausdrücke, wie Lump, Betrüger, man bedroht sich mit dem Erschlagen und die Schamröte muß einem ins Gesicht steigen, wenn man sich in der Welt umsieht. Protić, Junković und Ribarac haben die rethorischen Künste noch nicht zur vollen Blüte gebracht. Den Vogel hat Dr. Korošec abgeschossen, welcher den Dr. Trumbić als nationalen Verräter hinstellt und als einen Menschen, den man das Auswärtige Amt unter keinen Umständen anvertrauen dürfe."

*

„Naprej" vom 7. April 1920, Nr. 78, ergänzt die obigen Ausführungen in nachstehender Weise:

„Wir haben einen Staat, mit dem wir alle, aber alle, bis zum letzten Mann unzufrieden sind. Wir leben in einem Staate, in dem man alles haben könnte, und das Volk — hungert. Das tägliche Brot wird immer teurer und ist überhaupt nicht mehr erhältlich. Wir haben keine Kleider, dafür aber die Kaufleute große Lager. Dies ist ein Beweis, daß wir nicht wirtschaften können. Einzelne Spekulanten leben sehr gut, das Volk kommt aber täglich mehr herab. Das derzeitige Regierungssystem, wie es sich von allem An-

fange bei uns einbürgerte, ist ein Krebsschaden für das Volk. Das Volk hat nichts zu reden und darf nirgends mitentscheiden. Das, was heute geschieht, ist auf die Diktatur einer Clique zu buchen, welche den Staat und das Volk systematisch ausnützt und ausbeutet. Der derzeit herrschende Volksunwille und die allgemeine Unzufriedenheit ist daher gewiß gerechtfertigt. Der Zentralismus hat sich als der größte Schädling unseres Volkes erwiesen. Die Ministerien in Belgrad sind nicht einmal imstande Serbien zu verwalten, geschweige dann ganz Südslawien. An der Stelle, wo die wichtigsten Angelegenheiten entschieden werden, sitzen unfähige und korrupte Beamte. In den Zentralstellen sitzen Leute, welche von der Verwaltung eines großen modernen Staates gar keinen Begriff haben und gar keinen Sinn für die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Provinzen. Diese unfähige und korrupte Staatsverwaltung wird unseren Staat auf den Bettelstab bringen. Die Minister politisieren, die Verwaltungsbeamten stehlen und vernichten noch das, was aus den einstigen Tagen Gutes übernommen worden ist. Das derzeitige Regierungssystem treibt uns alle dem Abgrund zu. Wir müssen daher mit dem zentralistischen System aufräumen und eine föderalistische Verwaltung um jeden Preis anstreben. Wir Slowenen werden unser Land weit besser verwalten können, als es bisher von den Belgrader Exponenten verwaltet worden ist. Wir sind Föderalisten, denn zwischen einzelnen Rassen des Staates gibt es zu große wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterschiede, als daß sie zentralistisch re-

giert werden könnten. Die südslawische „Einheit" hat uns schon viel Kopfzerbrechen gemacht, die Nachwehen haben sich bereits eingestellt und der Katzenjammer wird erst kommen. Der Zentralismus bedeutet für uns Slowenen, die wir in dem alten Staate stets an eine gute und gerechte Verwaltung gewöhnt waren, einen Rückschritt."

*

„Slovenski Narod" vom 26. Juni 1920, Nummer 143:

In einem Artikel unter der Überschrift: „Nun sei der Raserei ein Ende" wendet sich Dr. Tavčar gegen die Rechtsverletzungen, deren sich die klerikale Landesregierung unausgesetzt schuldig macht, und führt aus: „Das Gesetz ist die oberste Macht im Staate, es ist der Altar, vor dem sich auch Korošec, Brejc, sowie Gosar beugen müssen. Wir leben unter dem Eindrucke, als wäre das Privateigentum in Laibach sistiert, wenn nicht schon ganz abgeschafft. Wir stecken im Wirbel des russischen Bolschewismus dank unserem Kommissariate für soziale Fürsorge. Unsere Gesetze brüllen: Privateigentum ist heilig, der Kommissär für soziale Fürsorge aber antwortet der ganzen Schar unglücklicher Leute: Was geht mich das Gesetz an — sic volo, sic jubeo — das ist euer Recht! Und er dekretierte, daß mit 15. Juli 47 Laibacher Familien (etwa 500 Köpfe) gewaltsam auf die Straße gesetzt werden, weil sie nicht imstande sind, Sterne vom Himmel herabzuholen, wie der genannte Kommissär es verlangt. Wir haben somit den schönsten Bolschewismus, Kommunismus, haben eine So-

zialisierung der Gebäude in Laibach, wie eine solche heute in der ganzen Welt nicht existiert . . . Das Gesetz sagt: Aus der Gemeinde, in die man zuständig ist, kann einen keine Gewalt vertreiben. Gosar und „Slovenec" aber wollen mit 15. Juli 47 Familien vertreiben, die nirgends werden bleiben können als auf der Gasse, weil jede andere Gemeinde berechtigt ist, sie auszuweisen. Das ist nicht mehr balkanmäßig, das ist türkisch!"

*

„Naprej" vom 3. Juni 1920, Nr. 126:

„Wie lange wird der Herr „Abgeordnete" noch seine Quittungen schreiben? Mehr als 30 Millionen hat das Volk — denn das Volk ist der Staat — diesen Leuten schon gezahlt. Haben sie Ordnung in die korrumpierte Staatsverwaltung gebracht? Irgendein Gesetz beschlossen? Wenn man diesen oder jenen fragt, wie er über die Konstituante, die kommende Verfassung, die Reform und Demokratisierung der Staatsverwaltung denke, bekommt man unverzüglich eine klare Antwort. Der Herr „Abgeordnete" wird die Achseln zucken und sagen: „Es geht ja, Sie sehen doch, daß es geht . . .!" Niemals wieder wird es in unserem Staate ein Parlament geben, das mehr Intelligenz besäße als unser gegenwärtiges Parlament. Und dennoch, wieviel Leute sind darin, die fähig wären, einen noch so einfachen Entwurf zu diesem oder jenem Gesetze zu machen. Und es sind doch so viele Doktoren und Professoren in diesem „Parlamente", daß es fürchterlich ist. Und niemand weiß, was für Gesetze wir haben, welche für unsere Gebiete gelten, welche für Kroatien, Serbien, Bosnien usw. Wozu das — der Staat zahlt die Diäten trotzdem! (Dann wird dieses Parlament ein Herd und Nest der Kettenhändler, der Käuflichkeit, Bestechlichkeit

und von persönlichen Intrigen und Ergeiz genannt.)

Das Volk ist geduldig. Es sieht diesem häßlichen Spiele zu, unterhält sich dabei, murrt ein wenig — mehr nicht. Denkt denn niemand daran, daß dieses widerliche Treiben der „Abgeordneten" das Volk bezahlt? Und jedermann von uns bei den Steuern und Umlagen? .... heute haben die Macht in unserem Staate Leute in der Hand, denen es nur um ihren persönlichen Vorteil zu tun ist, Leute, die sich „Abgeordnete" nennen, die es jedoch in Wirklichkeit nicht sind, weil sie niemand gewählt hat."

*

„Slovenec" vom 13. August 1919, Nr. 185:

„Im Sumpf. Das Pflichtgefühl in unseren Ämtern sinkt immer tiefer, die Verwirrung der Begriffe über Recht und Unrecht wird immer größer und unsere Verwaltung versinkt in einem Sumpfe. Wir haben es täglich nicht nur mit politisierenden und intrigierenden Beamten zu tun, sondern mit einer wahrhaften Korruption, welche dem einstigen ungarischen Regime Ehre machen würde."

*

„Slovenski Narod" vom 8. Juni 1920, Nummer 127:

„Unerhört! Sind wir in einem verfassungsmäßigen oder in einem absolutistischen Staate? Ist das Parlament der gesetzgebende Faktor, oder die Zentralregierung? Die Tatsachen beweisen, daß sich in Belgrad eine Fabrik für Verordnungen und Gesetze befindet, über die alles lacht, die ohne Wissen der Abgeordneten erflossen und auch ohne Widerstand und Einspruch der famosen jugoslawischen „Selbsternannten" aufrechterhalten werden.

Wir leben faktisch in einem Verfassungs-Absolutismus.

Unsere Abgeordneten gebrauchen ständig die Ausrede, sie dürfen bloß die Rolle von Statisten spielen. Die Lieblinge, Intriganten, Protagonisten, die Proticianer, die serbischen Radikalen sind tatsächlich immer zur Stelle, über alles sind sie informiert, sie fehlen in keiner Sitzung, unsere hingegen sind gewöhnlich abwesend, was in Belgrad geschieht, erfahren sie in der Regel erst durch die Zeitung. Die einzelnen Ministerien, die gemeinsamen Ministerräte, die Provinzialregierung und sogar deren einzelne Abteilungen erlassen Verfügungen und Gesetze, ändern sie ab oder verwerfen sie oder erstrekken serbische Gesetze auf den ganzen Staat, mitunter sogar ohne Sanktion, ohne daß unsere Abgeordneten vorher davon auch nur eine Ahnung hätten.

Unsere Richter, Finanzbeamten, Notare, Advokaten, Zollbeamten und alle Staatsbürger aber greifen sich dann an den Kopf oder an den — Bauch. Sie fluchen, daß es nur so wettert, oder sie lachen, daß es durch ganz Jugoslawien schallt.

Ist denn dieses Parlament wirklich ein Beweis für das vollkommene Debacle unserer jugoslawischen Intelligenz? Und auf all diese vernichtende Kritik erfolgt kein Echo? Die Abgeordneten spielen weiter die Rolle von — Statisten.

Am unerhörtesten jedoch ist es, daß nicht einmal die Ministerratsbeschlüsse durchgeführt werden, sondern der größte Teil aller jener provisorischen Gesetze ist Makulatur. Und selbst das wissen die Abgeordneten nicht oder aber sie kümmern sich darum nicht."

*

„Slovenski Narod", Nr. 127:

„Die serbische Beamtenpragmatik ist eine Sammlung von Vorschriften, die wohl den einstigen primitiven Zuständen am Balkan entsprachen, aber nicht dem Slowenien des 20. Jahrhunderts. Das sind Normen für eine Menagerie, aber nicht für eine kultivierte, freie und ehrliche Beamtenschaft. Nach dieser Pragmatik ist der Amtsvorsteher nicht Lehrer, Berater und wohlwollender Führer der Beamtenschaft, sondern ihr Bändiger mit der Peitsche und dem Revolver in der Hand, und mit einer Schmähung und einem Fluche auf der Zunge. Aus Furcht, jeden Augenblick zur Türe hinausgeworfen zu werden, muß nach dieser Pragmatik der Beamte den Beamten bedrücken, vor allem aber die Parteien schikanieren und rupfen, denn sein einziges Ziel muß die Erhaltung des eigenen Ichs um jeden Preis sein.

In den Augen des radikalen Serben sind die Slowenen „Schwaben", daher Trottel und Falloten, mögen sie auch schon 30 Jahre ausgezeichnet, rühmlich gedient haben. Obgleich sie Mittelschulstudien, die Matura, überdies noch mehrere Fachprüfungen haben, mehrere Sprachen sprechen, und während ihrer ganzen langjährigen Praxis sogar von den feindlichen Deutschen und Italienern sehr gut qualifiziert waren und einige in großen Städten führende Stellungen innehatten: „das alles nützt nichts!" „Der Schwabe versteht nichts." Es sei unter ihnen kein einziger für eine höhere Rangklasse geeignet.

Das gleiche Mißtrauen hegen die radikalen Serben gegenüber allen Parteien, ja sogar gegenüber allen Privat- und Staatsämtern. Nach der Ansicht dieser Radikalen gibt es un-

ter uns keinen einzigen Ehrenmann, weil jeder zweite entweder ein Schmuggler, „Schwärzer", Hehler ist, oder aber ein Schwindler zum Nachteile des Staates. Niemandem glauben, niemandem vertrauen, in jedermann einen fertigen oder werdenden Lumpen erblicken, das ist die Maxime bei der Verzollung."

Schon seit Jahr und Tag kämpfen wir gegen die unerhörte Protektionswirtschaft, Übelstände, die in unserem Zollwesen üppig wuchern, wie Efeu an alten Eichen. Alles vergeblich: Die Belgrader Zolldirektion schlägt sich an die Brust: „Der Staat bin ich!" Und — ihr alle könnt mich gerne haben! Weder die Regierung, weder die Ressortministerien, weder die Abgeordneten, noch Gott und der Teufel selbst haben eine Macht gegenüber dem Amtskanibalismus dieser asiatischen Direktion.

Du magst erklären, beweisen, flehen oder schmähen — alles vergebliche Mühe! Unseren Handels- und Eisenbahnverkehr aber hol der Teufel, die slowenischen und kroatischen Zollbeamten gehen verzweifelt davon, und der materielle Schaden der Handels- und Gewerbekreise und der Bahnverwaltungen wächst schon in die Millionen! Wir greifen uns an den Kopf und fragen uns neuerdings: Leben wir noch in einem Verfassungsstaate oder schon unter dem absolutistischen Dreschflegel?

Hingegen finden es die radikalen Serben vollkommen in Ordnung — weil es üblich und eine ehrwürdige Tradition ist — daß der Beamte für „Gefälligkeiten", die er den Parteien dadurch erweist, daß er sie rasch, ohne Schika-

nen und ohne Beleidigung abfertigt, Belohnungen in Geld oder in Natura entgegennimmt. Ob überhaupt gearbeitet wird, wie und wann, — das ist ganz Sache des betreffenden Beamten. Wenn er Geld in Empfang nimmt, so ist das durchaus keine Korruption, sondern eine ehrlich verdiente Anerkennung, eine Auszeichnung. Wer dazu den Kopf schüttelt, der ist ein dummer „Schwabe".

Aber der Himmel ist hoch und Belgrad ist weit: Die Parteien können warten Wochen, ja Monate lang, sie haben ja Zeit, wenn gleich alles der Teufel holt, und sie vor Zorn und Verzweiflung zerspringen möchten! Das sind die Wünsche des Übels in unserem Zollwesen. Ich habe sie aufgezählt ohne Hoffnung, daß sich die Mumien im Belgrader Parlament dafür interessieren werden, nur zum Beweise, wie musterhafte Staatsbürger wir sind."

*

„Jugoslavija" vom 25. März 1920, Nr. 74:

„Die Asiaten". Die Grundlage einer geordneten Verwaltung ist in allen europäischen Rechtsstaaten die Unabhängigkeit der Beamten. Der Beamte muß nach dem Gesetze vorgehen und sich an die administrativen Vorschriften halten. Der Regierungswechsel darf die Stellung des Beamten nicht untergraben. Alles dies wird in Südslawien nicht respektiert. Für die Auswahl der Beamtenschaft sind nicht etwa die Vorbildung und die Fähigkeiten maßgebend, sondern seine politische Überzeugung. So wurden die Beamten der „Centralna Uprava", weil sie nicht als Regierungsanhänger gelten, über Nacht von der neuen Regierung auf die Straße gesetzt. Sogar Diener und Chauffeure, gewesene Minister wurden aus diesem Grunde verabschiedet. So weit geht der blinde Parteihaß.

In dieser Hinsicht geht die derzeitige Regierung nach echt balkanischem oder richtiger gesagt, nach asiatischem Muster ganz skrupellos vor. Nach der Denkungsart dieser Leute muß der Beamte in erster Linie Exponent der Regierungspartei sein, die Interessen der Regierungspartei unter allen Umständen wahren, auch auf die Gefahr hin, daß die Interessen des Staates mit Füßen getreten werden. Wenn der Beamte der Regierungspartei angehört, so bleibt er auf seinem Posten und es winkt ihm ein glänzendes Avancement, gehört er aber den politischen Gegnern an, so wird er unbarmherzig und ohne Rücksicht auf seine Fähigkeiten und Qualifikation auf die Straße gesetzt. In dieser Lage befand sich bisher der serbische Beamte. Nun wurden aber von dem neuen Staate die diesbezüglichen Vorschriften über die Absetzung der Beamten von den Serben übernommen und die Bestimmungen Serbiens gelten nunmehr auch in den Provinzen. So ist auch der slowenische Beamte zu einem Spielball der jeweiligen Regierungspartei geworden. Das serbische Gesetz kennt keine zwingenden Vorschriften über die Qualifikation der Beamten. Ein gewöhnlicher Beamter kann demnach, wenn er nur schreiben kann, selbst Sektionschef werden. Er muß auch nicht etwa alle Stufen einer gewissen Beamtenkategorie durchmachen, um Bezirkshauptmann oder Sektionschef zu werden, es liegt vielmehr in der Macht des Ministers, selbst einen 20jährigen Burschen, welcher mit Not einige Gymnasialklassen absolvierte, zu diesen Ehrenstellen emporrücken zu lassen. Von dieser Machtvollkommenheit macht die derzeitige Regierung ausgiebigen Gebrauch. Um Karriere zu machen, dazu braucht der Beamte nicht etwa eine besondere Ausbildung, besondere

Fachkenntnisse, er braucht sich auch nicht eines besonderen Fleißes und großer Ehrlichkeit zu befleißen, denn dies alles ist nach der Denkweise der Protič-Korošeč-Regierung überflüssiger Ballast. Wohl aber muß der Beamte ein getreuer Anhänger der Regierungspartei sein und die Karriere ist ihm gesichert. Solche asiatische Zustände herrschen heute bei uns. Die Regierung verfährt mit den Beamten wie mit dem lieben Vieh und wer kann da von einem Beamten Arbeitseifer und unparteiische Amtsführung verlangen, wenn er Gefahr läuft, jeden Augenblick auf die Straße gesetzt zu werden, weil er nicht parteiisch im Sinne der Regierung vorgegangen ist. Wie die Räuber fielen nun die Regierungsmänner Südslawiens über die Beamtenschaft her. Die Vertrauensmänner der Regierung werden sich auf Kosten des Volkes die Säcke füllen, doch wehe dem Staate, wenn diesen asiatischen Zuständen nicht bald ein Ende gemacht wird."

*

Das südslawische Beamtenblatt „Na Glas" schreibt in der Nr. 14 aus dem Jahre 1920:

„Die Asiaten... Der Bericht der „Jugoslavija" ist eine Neuigkeit nur für uns, nicht aber, für die serbischen Beamten, welche in diesen asiatischen Zuständen aufgewachsen sind und sich nur schwer in geordnete Zustände einleben können. Neu ist der Bericht für uns auch deswegen, weil wir daraus ersehen, daß die slowenischen und kroatischen Abgeordneten zu dieser Versumpfung unserer Verwaltung ihr Ja und Amen sagten und so zur **Asiatisierung** der europäischen Kultur vieles beigetragen haben. Dieses asiatische System ist nicht nur auf dem Papier geblieben, sondern wird bereits auch praktisch durchgeführt. Die Beamtenstellen werden nicht, wie es sonst in konstitutionellen Staaten üblich ist, etwa ausgeschrieben, sondern unter der

Hand vergeben, vor allem die fetten Pfründen bei den Zentralen. Es wird darauf gesehen, daß nur serbische Vertrauensmänner die Stellen besetzen, ganz einerlei, ob sie dazu auch befähigt sind, ob sie die notwendigen Fachkenntnisse und die Schulbildung besitzen — dies alles ist nach serbischer Manier ja doch nur unnötiger Ballast. Kein Wunder, daß diese richtunggebenden Beamten in den Zentralstellen ohne Ausnahme serbischer Herkunft sind; nur hie und da wurde ein slowenischer oder kroatischer Bruder auch mit hineingenommen, um das Bild zu verschönern. Und diese Brüder können nun von den Serben lernen, wie man die Gerechtigkeit übt und haben zu schweigen.

Die Serben haben sich vor allem die Militär- und die Zollämter ausgesucht. Die Zölle waren seit jeher die ergiebigste Einnahmsquelle Serbiens. Dieses Zollverfahren ist so rückständig, daß es den Anforderungen eines modernen Verkehres in keiner Weise entspricht. Das Chaos ist unendlich... In den sogenannten befreiten Gebieten haben alle maßgebenden Stellen in den Zollämtern die Serben inne. Die slowenischen Kollegen, wenn auch rangälter und besser qualifiziert und fachlich weit mehr ausgebildet, mußten den Serben weichen. Bei dieser Stellenjägerei zogen die slowenischen und kroatischen Beamten immer den Kürzeren. Unter dem serbischen Kommando wurde der slowenische und kroatische Zollbeamte zu einem Werkzeug der serbischen Zollbeamten. Für all diese Ungerechtigkeiten, die unter der südslawischen Firma an den maßgebenden Stellen verübt werden, haben unsere weisen Abgeordneten nur ein Schweigen übrig, als ob es sie und ihre Landsleute gar nicht anginge. Alle Proteste helfen nichts, mögen sie kommen, von wo immer, die Abgeordneten bleiben stumm. Sogar das hungrige Österreich macht sich bereits lustig über unsere Zollverwaltung. Selbst das Regierungsblatt „Domovina" muß klein zugeben, daß den slowenischen Beamten im Zollwesen Unrecht geschieht. Wo-

zu wartet man denn noch? Soll sich etwa die ganze Welt mit unserer Rückschrittlichkeit und Asiatentum befassen? Meine Herren, die Sache drängt, die Lage ist ernst und es könnte eine Zeit kommen, wo uns selbst — die asiatischen Kühe auslachen werden.

Wir sind der Ansicht, daß so mancher serbische Minister zunächst noch ein paar Jahre nach Slowenien praktizieren kommen müßte, damit er wenigstens einen kleinen Begriff bekäme, wie der Beamte seine Pflichten zu erfüllen hat, und dann wird er auch sehen, was für ein Abgrund die europäische Staatsverwaltung von jener des Balkans trennt."

*

„Slovenec" vom 9. März 1920, Nr. 56:

In dem Leitartikel „Ein totaler Zusammenbruch" wird die Wirtschaft der zurückgetretenen Regierung nachstehend charakterisiert:

„Die demokratisch-sozialistische Regierung hat die Staatskassen bis zum letzten Heller ausgeplündert und außerdem Schulden in der Höhe von 1¼ Milliarden gemacht, für die keine Deckung vorhanden ist. Wenn man das Ernährungswesen weiterhin so schleuderhaft geführt hätte, so hätte sich auch auf diesem Gebiete für den Staat ein Abgang von einer Milliarde ergeben. Aus den Ministerien sind zwar verschiedentliche belastende Akten verschwunden, jedoch die Folgen der Korruption sind damit doch keineswegs beseitigt worden."

*

„Slovenski Narod" vom 24. März 1920, Nummer 69:

„Nieder mit Südslawien, es lebe Groß-Serbien! Nach Beendigung der Gemeindewahlen in Semlin veranstalteten die Radikalen eine Straßendemonstration, worauf sie „Nie-

der mit Südslawien, es lebe Groß-Serbien!" riefen. In Agram fand gleichfalls eine Demonstration statt, und hier brachten die Demonstranten Hochrufe auf Groß-Kroatien aus; es fielen auch Rufe: „Nieder mit Serbien!" — In der Laibacher Umgebung treiben sich verdächtige Elemente herum, welche unter den Bauern für den Bolschewismus agitieren. Die Tage Südslawiens seien gezählt und es werden in Kürze die Arbeiter und die Bauern ans Ruder kommen und die Sowjetrepublik ausrufen."

*

„Hravatski Tipograf" vom 8. November 1919, Nr. 17:

„Neue Händler. Dieser Tage wurde Voja Petkovič wegen Schmuggel mit 10.000 Dinar bestraft. Dieser durchtriebene Mann führte Luxusgegenstände ein und zahlte keinen Zoll. Die Sendungen adressierte er an politisch hohe Persönlichkeiten, Minister Pavlovič und Davidovič, wodurch er bei den Zollbehörden den Anschein erweckte, als ob diese Gegenstände von Staatswegen bestellt worden wären. Ähnlich trieb es ein gewisser Voja Popovič. Die größten „Südslawen" sind die größten Schmuggler und Betrüger. Die Reaktion ist auf dem Marsche."

*

„Jugoslavija" vom 27. Mai 1920, Nr. 125:

„Die Balkanisierung der Zollverwaltung. Es ist eine traurige, aber allgemein bekannte Tatsache, daß in kroatischen und slowenischen Gebieten die Animosität gegenüber Belgrad, als dem Zentrum unserer Verwaltung, im Wachsen begriffen ist. Der Zentralismus hat in Slowenien und in Kroatien weit weniger Anhänger, als er deren noch vor Jahresfrist hatte. Die praktische Durch-

führung der zentralistischen Verwaltung hat infolge ihrer Unfähigkeit solchen Widerstand hervorgerufen, daß es, wenn nicht bald eine gründliche Remedur geschaffen wird, geradezu zu staatsfeindlichen Erscheinungen führen kann.

Erledigte Stellen schrieben sie nicht aus, sondern sie vergaben sie gleich unter der Hand an ihre Parteigänger. Alle maßgebenden Stellen bei der Zentralzollverwaltung wurden nur an ausgesprochene Vertreter der radikalen Partei vergeben. Nicht ein einziger Slowene oder Kroate, aber auch kein Serbe, der nicht der radikalen Partei angehörte, ist ernannt worden.

Bald hernach besetzten sie in ähnlicher Weise die außerordentlich wichtigen Posten von Zollinspektoren, welche die Amtsführung der Zollämter im ganzen Staate zu beaufsichtigen haben. Alle zehn Stellen besetzten sie mit ihren „Fachmännern". Diese gingen sofort daran, die Zollämter der Radikalen zu reinigen. Zuerst mußten die slowenischen und kroatischen Beamten entfernt werden, die vermöge ihrer Ehrlichkeit und fachlichen Tüchtigkeit kein Verständnis für die Manieren dieser Herren hatten und ihnen deshalb im Wege standen. Die Inspektoren erklärten jeden einzelnen der einheimischen Beamten in den Zollämtern kurzerhand für unfähig, für arbeitsscheu, für nicht sachkundig usw. Es ist ihnen geglückt, auf diese Weise den Zolldienst vielen ausgezeichneten kroatischen und slowenischen Beamten zu verleiden, die dem Zolldienste nun den Rücken kehrten und sich anderwärtig ihr Brot suchten. Jene aber, die größere Widerstandskraft besaßen, wurden nacheinander unter den verschiedensten Vorwänden, mir nichts, dir nichts, aus dem Dienste gejagt. In erster Linie wurden natürlich die slowenischen und

3 1197 22450 5930

kroatischen Verwalter entfernt. Das sind die Amtsleiter. Alle freien Stellen wurden mit radikalen Emissären besetzt. In Agram befehligt die Zollbeamten ein Božič, in Laibach ein Acimovič, in Sarajevo, Sisek, Marburg und überall durchwegs radikale Kapazitäten aus Serbien.

Alle Proteste gegen diese immer mehr um sich greifende Balkanisierung der Zollverwaltung blieben erfolglos. Trotzdem haben diese radikalen Parteien, die größtenteils nicht die geringste Fähigkeit für ihren Beruf besitzen, mit ihrem bornierten Bureaukratismus unseren Handel und unsere Industrie empfindlich geschädigt und schädigen sie noch heute; hiedurch hat auch der Staat gewaltige Summen eingebüßt. Aber die zentrale Zollverwaltung schweigt und rührt sich nicht. Es ist daher allerhöchste Zeit, daß die Regierung und das Parlament dieses Nest der Parteikorruption aushebt.